

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,80**, monatlich **55 Pfg.** Postzeitungliste Nr. 4068 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum **15 Pfg.**, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 30.

Sonnabend, den 5. Februar 1898

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 5. Februar 1898.

Aus dem Reichstage. Auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages stand die Beratung des Postetats. Die Tribünen waren deshalb überfüllt, auf die Eintrittskarten wurde förmlich Sturm gelaufen. Keine Kategorie von Beamten interessirt sich so für die Beratung des einschlägigen Messort wie die Postbeamten und Postbeamten in großer Anzahl und den verschiedensten Graden waren heute die Zuhörer. Der neue Staatssekretär v. Poddieleski hatte heute sein erstes Debüt. Es war nicht ungünstig. Das Terrain war ihm ja auch nicht neu, er kennt den Reichstag ja genau, da er bis zu seiner Ernennung ihm als konservativer Reichsabgeordneter angehört hat. Er spricht nicht ungewandt, etwas legäre und burlesk zugleich, das hängt ihm noch von der Zeit an, da er auf den Kasernenhöfen und Pferdeställen verkehren mußte. Er hat aber nicht etwa den unangenehmen Kasernenton, er schnarcht und naset nicht, ist auch in der Form lebenswürdig und höflich und schnauzt nicht etwa die Gegner ab, wie es Herr Bronsart, der verflozene Kriegsminister zu thun beliebt. Herr v. Poddieleski scheint auch Fleiß darauf verwandt zu haben, sich in seinen neuen Beruf einzuarbeiten. Der sächsische Generalstaatsanwalt Klüger hätte an dem Beispiel des neuen Generalpostmeisters sehen können, daß man auch, wenn man sein altes ehliches Gewerbe aufgegeben hat, im neuen Berufe Annehmbares leisten kann.

Die Debatte drehte sich um die in Aussicht stehenden Postreformen. Die Erhöhung der Gewichtsgrenze für Briefe, die Ermäßigung der Telephongebühren und besonders die vom Staatssekretär geplante Erweiterung des Postregals für geschlossene Briefe und die damit verbundene Bekämpfung der Privatposten wurde eingehend besprochen. Von der Rechten wurde Herr Poddieleski zugeredet, ohne Weiteres die Privatposten zu beseitigen. Die Freisinnige Volkspartei trat für diese Privatposten ein, während die Nationalliberalen die Mittellinie hielten und für den Fall der Bekämpfung der Privatposten den Postbeamten eine Entschädigung zubilligt sehen wollten. Auffallender Weise schied sich das Centrum gänzlich aus. Unser Genosse Singer erklärte, daß unsere Partei grundsätzlich gegen die Beseitigung der Privatposten nichts einzuwenden habe, hielt es aber für selbstverständlich, daß für die zahlreichen Angestellten gesorgt werden müsse. Ganz richtig aber betonte Singer, daß diese Frage der Privatposten mit den übrigen lang ersehnten Postreformen gar nichts zu thun habe und von ihnen ganz getrennt behandelt werden müsse. Diese lang ersehnten Postreformen hätten aber nun endlich in die Wirklichkeit überführt werden müssen. Daß der Staatssekretär den Reichstag wieder vertritt, mache er ihm zum Vorwurf. In seiner Erwiderung auf die Singersche Rede sagte Herr von Poddieleski zu, sowohl für das Wohl der Unterbeamten wie für die Privatpost-Angestellten möglichst sorgen zu wollen. Man kennt die guten Absichten, die dann alle an dem fest verschlossenen Geldsack Miquels zu Schanden werden. In der Antwort des Staatssekretärs war auch sonst noch manches Verständige zu finden. Er zeigte, daß er kein verküchelter Bureaucrat ist. Seine Mahnung an das Publikum mitzuhelfen, war ganz am Platze. In England ist das Publikum thätig als größeres Selbständigkeit erzogen als bei uns und das englische Muster könnte wie in vielen andern Punkten auch hier gute Nachahmung finden. Morgen wird die Postdebatte noch fortgesetzt.

31. Sitzung.

Am Bundesrathstische: v. Poddieleski.
Die zweite Etatsberatung wird beim Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung fortgesetzt.
Die Budgetkommission beantragt die „Einnahme“ un-
ändert zu bewilligen.
Abg. Dr. Müller-Sagan (Fr. Bp.): Nach der Erklärung des Staatssekretärs in der Budgetkommission soll der Postzeitungstaxi erst im nächsten Jahre vorgelegt werden. Es ist aber zu wünschen, daß diese Reform im Sinne der Wahrung des Gesamtinteresses recht bald erfolgt. Von weiteren Reformen ist die Ermäßigung des Stadtbrief-Portos in Aussicht gestellt. Sie soll aber nur eintreten, wenn das Postregal auch auf die Beförderung geschlossener Briefe in den Stadtbezirken ausgedehnt werden würde.

Die Privatposten, gegen die Herr v. Stephan nichts einzuwenden hatte, sollen mit der Keule der Verlegung todgeschlagen werden. Für eine solche Ausdehnung des Postregals werden wir nicht stimmen können. Es soll weiterhin eine Neuerung in der Beförderung von Drucksachen eingetretet. Eilige und nicht eilige Sendungen sollen wieder verschieden behandelt werden. Wie will die Post entscheiden, was eilig und nicht eilig ist? Darüber müßte mindestens der Absender bestimmen dürfen. Wie stellt sich der Staatssekretär zur Ermäßigung der Telegraphengebühr?

Staatssekretär von Poddieleski: Die geplanten Ermäßigungen auf dem Gebiete des Postwesens sind dem Bundesrath bereits vorgelegt. Die Vorlage enthält die Erhöhung des Briefgewichts und Postermäßigungen für den Stadtverkehr. Bei allen Maßnahmen muß das Allgemeininteresse wahrgenommen und das Einzelinteresse nur berücksichtigt werden, wenn die Interessenten die Kosten tragen. Todgeschlagen sollen die Privatposten nicht werden, aber die Ausdehnung des Regals, die wir fordern, besteht in allen übrigen Staaten. Das Nähere können wir erörtern, wenn die Vorlage, wie ich hoffe, noch in dieser Session an's Haus gelangt. Vielleicht kann die Post es den Drucksachen freilich nicht, ob sie eilig sind oder nicht, aber es giebt andere Merkmale; die Massenentwürfen, die in großen Körben aufgeschickt werden, kann man doch nicht als eilig ansehen. (So? links.) Eine Neuerung ist auf diesem Gebiete noch nicht geplant, ebenso wenig eine Verminderung der Postgebühren in Berlin. Sollte sie eintreten, dann nur auf Grund genauer Erfahrungen. Beim Telegraphen haben wir gegenwärtig Staatszuschuß nötig, beim Telephon erzielen wir eine 4prozentige Verzinsung des Anlagekapitals. Wir untersuchen, ob sich durch Ermäßigung der Gebühren eine weitere Verbreitung des Telephons erzielen läßt. Aber die Neuanlagen auf dem platten Lande würden dann allein 8 Millionen kosten. Eine Reform des Postzeitungstaxi erkenne ich an; sie muß bis zum nächsten Jahre aber verschoben werden. Schließlich gebe ich mich mit einer Reform des Personalwesens zu befassen. In allen diesen Reformen erblicke ich die Unterfrucht des Hauses (Beifall).

Graf Stolberg (kons.): Eine Reform des Briefportos ist gar nicht möglich ohne Erweiterung des Postregals. Die Privatposten müssen beseitigt werden. Ein Recht auf Entschädigung haben sie nicht, höchstens sprechen Willigkeitsgründe dafür.
Gamp (Rp): Seit zehn Jahren fordere ich schon eine Reform des Postzeitungstaxi, die besonders der Lokalpresse zu Gute kommen müßte. Veseitigt werden die Privatposten werden; ihrem Personal könnte aber der Staatssekretär vielleicht den Eintritt in den Postdienst gestatten. In einer Reform des Telegraphenwesens liegt wenig umsonst aber liegt der Landesbevölkerung an der Verbilligung des Telephons. Was sind 8 Millionen? Die können am Bau der Postbrunnensäle in den großen Städten gespart werden. Dagegen sollte mehr für den Bau von Postanstalten in kleinen Orten ausgegeben werden. Von großer Bedeutung für das platte Land wäre der Fortfall des Zuschlages für die eiligen Medizinalsendungen.

Staatssekretär v. Poddieleski: Die Begünstigung der Medizinalsendungen soll noch einmal erwogen werden; dagegen spricht aber das Grundprinzip der Post, sich um den Ruhest der Postsendungen nicht zu kümmern.

Singer (SD): Die heutige Rede des Herrn Staatssekretärs erinnert mich lebhaft an die bekannten Depeschen seines Vaters, des Generalquartiermeisters v. Poddieleski: „Vor Paris nichts Neues!“ (Heiterkeit.) Nach den langen Beratungen im Bundesrath bezug. in der Kommission wäre es doch wirklich nicht nötig gewesen, diesen Reichstag wieder zu verströmen auf eine spätere Session. Diese Sache beschäftigt den Reichstag seit Jahren und wenn der Herr Staatssekretär im Gegenjag zu seinem Amtsvorgänger Herrn v. Stephan nicht abgeneigt ist, auf die vom Reichstag wiederholt verlangten Reformen einzugehen, so wäre es doch sehr wünschenswert gewesen, uns schon jetzt etwas nähere Auskunft zu geben. Statt dessen werden wir wieder verströmt und die Reform wird bebapt mit einem Gedanken, über dessen Berechtigung sich gewiß reden lassen wird, der aber nach meiner Meinung sehr wenig mit ihr zu thun hat. Es ist dies die Beseitigung der Privatposten. Es sind dies zwei Fragen, die nach meiner Meinung durchaus getrennt behandelt werden müssen. Ueber die Privatpost selbst möchte ich auch noch Einiges bemerken. Ich wundere mich, daß Graf Stolberg mit solcher Energie gegen die Privatposten vorgegangen ist. Er wird doch auch wissen, daß die Privatposten überhaupt erst entstanden sind, weil die Reichspost ihre Pflichten arg vernachlässigte. (Sehr richtig! links.) Wäre diese ihren Verpflichtungen nachgekommen, dann wäre die Konkurrenz der Privatposten gar nicht entstanden, sie wäre jedenfalls nicht nötig gewesen und das Publikum hätte vor allen Dingen keine Veranlassung gehabt, seine Theilnahme den Privatposten zuzuwenden, was doch thatsächlich der Fall ist. (Sehr richtig! links.) Wenn sich jetzt die Reichspost durch die Privatposten beeinträchtigt fühlt, so hat sie sich selbst die Schuld daran zuzuschreiben, denn worüber hier seit Jahren geklagt wird, das ist die Sterilität (Unfruchtbarkeit) der Postverwaltung; sie ist die Ursache, weshalb die Privatposten dem Bedürfnis des Publikums nachgegeben haben und ihrerseits ein gutes Geschäft damit machen. Wenn der Herr Staatssekretär mit dem Gedanken umgeht, das Regal der Reichspost zu erweitern und verlangt, daß die Privatposten keine geschlossenen Briefe mehr befördern sollen, so wird er sich darüber klar sein müssen, daß für die Privatpost ein großer Theil des Erwerbs damit schwindet. Uebrigens stehe ich gar nicht an auszusprechen, daß mir an der Erhaltung der Privatposten an sich gar nichts gelegen ist. Wir haben gar kein Interesse daran, kapitalkräftigen Leuten diese Zuwendungen zuzuführen; wir haben aber ein Interesse daran, von der Reichspost zu verlangen, daß sie ihren Verpflichtungen zum Wohle der Gesamtheit in vollem Umfange nachkommt. Was für uns aber bei der Frage der Privatposten wesentlich ist, ist, daß das Reich zugleich die bei den Privatposten beschäftigten Beamten und Arbeiter mit übernimmt. Es handelt sich da um Tausende von Angestellten, die ihr Brod verlieren und es ist eine Aufgabe des Reiches, dafür zu sorgen, daß sie anderweitig beschäftigt werden. Ob das auf dem Wege der Uebernahme oder auf eine andere Weise geschieht, lasse ich dahingestellt, jeden-

falls ist für uns die einzige Bedingung, bevor wir uns überhaupt mit dieser Frage beschäftigen, die Zustimmung der Reichsregierung, daß sie in dieser Beziehung volle Berechtigung und Willigkeit walten lassen wird. — Meine Herren, wenn ich vorhin sagte, daß der Herr Staatssekretär trotz der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit doch schon Zeit hätte finden müssen, den Reformen, die wir verlangen, etwas näher zu treten, so werden Sie mir gestatten, noch mit wenigen Worten auf die einzelnen Punkte einzugehen. Was zunächst die Frage des Stadtbriefportos anlangt, so ist es nach meiner Meinung unerhört, daß noch immer nicht der Zinsfußentwurf im Stadtverkehr durchgeführt ist. Eine weitere sehr wichtige Frage ist die Verbilligung des Portos bei Postanweisungen, namentlich wo es sich um ganz geringe Beträge handelt. Ich möchte da nur an die Erhöhung der Gerichtskosten erinnern, die durch hohes Porto entsteht. Bei dieser Gelegenheit möchte ich wieder daran erinnern, daß in einem uns befreundeten Bundesstaat eine sehr hübsche Einrichtung besteht. Es ist nämlich dort erlaubt, bestimmte Beträge auf offene Postkarten aufzuladen. Unter einem kleinen Zuschlag übernimmt die Postverwaltung die Entwerthung dieser Marken und zahlt dem Absender dann den Betrag dafür aus. — Was die Frage der Verbilligung der Telephongebühren betrifft, so freue ich mich, da ausnahmsweise mit Herrn Gamp voll übereinstimmen zu können in dem Punkte, daß auch ich es für einen durchaus unberechtigten Grundsat der Reichspostverwaltung halte, ihre Leistungen in vollem Umfange von den Gegenleistungen abhängig zu machen. Das ist ein Grundsat, der unzweifelhaft nicht am Platze ist, die Reichspost ist eine Veranstaltung im Interesse der Gesamtheit, und das öffentliche Interesse verlangt, daß die Reichspost Einrichtungen trifft, die der Gesamtheit nützen. Das ist eben der große Unterschied der Auffassungen zwischen uns und der Reichspostverwaltung. Die Letztere betrachtet es als ihre Hauptaufgabe, mit Gewinn zu arbeiten. Wir meinen aber, es ist nicht ihre Aufgabe, im Interesse des Herrn Miquel möglichst große Ueberflüsse zu erzielen, sondern Einrichtungen zu treffen, die im Interesse der Entwicklung des Verkehrs nothwendig sind. — In der Frage der Telephongebühren komme ich zu einem ganz anderen Resultat als der Herr Staatssekretär. Gewiß können die Leistungen nicht umsonst gegeben werden, aber wenn gelegt wird, wir erweitern das Telephon nur insoweit, als uns durch Benutzung des Telephons Ueberflüsse erwachsen, so ist das durchaus eine Verfeinerung der Aufgabe der Reichspostverwaltung. Herr Gamp hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, wie nützlich die Erweiterung des Telephons auf dem platten Lande ist, aber ebenso nützlich ist sie natürlich in den Städten, und da ist sie gerade auch für die Kleinbetriebe von Bedeutung; eine Verbilligung bedeutet für sie eine Erleichterung der Konkurrenz. Das Telephon ist eben nicht als bloße Einnahmequelle zu betrachten; es handelt sich um das wirtschaftliche Interesse weiter Volkstheile. Sobald solche Verkehrsmittel eingeführt sind, bedient sich ihrer auch das Publikum; ich brauche wohl nur auf Schweden zu verweisen, wo die Gebühren außerordentlich gering sind, und die Benutzung daher sehr groß ist. Eine zweite oft durchgesprochene und immer noch nicht durchgeführte Reform ist die Erhöhung des Briefgewichts. Diese Erhöhung kommt nicht etwa, wie die Herren von der Regierung und von der Rechten in der Kommission meinen, dem Handel und der Industrie vorwiegend zu Gute. Gerade der Großbetrieb kann durch viele sehr einfache Mittel das Ueberschreiten des Normalgewichts verhindern; den wahren Nutzen hätten gerade die breite Masse des Volkes, die Arbeiter, die Diensthöfen, die solche Vorrichtungen, wie z. B. dünnes Schreibpapier u. s. w., sich nicht verschaffen, weil so etwas nur systematisch betrieben werden kann. Ich habe so den Eindruck, daß die Herren von der Rechten deswegen für diese Reformen nicht zu haben sind, weil sie es überhaupt nicht für gut halten, daß das niedere Volk so viel korrespondirt. So ungefähr, wie sie auch dagegen sind, daß man in der Volksschule zu viel lernt. Ich betone also nochmals, daß die Gewichtserhöhung gerade im Interesse der breiten Masse liegt. Der Herr Staatssekretär beachtlich auch, einen neuen Postzeitungstaxi einzuführen. Es ist bezeichnend, daß bei der Beratung dieser Maßregel in der Kommission die Herren damit neue Steuern verbinden wollten. Ich will noch ganz kurz auf die Frage der Privatposten eingehen. Der Herr Staatssekretär hat in der Kommission erklärt, daß er gegen die Privatposten nur auf dem Wege eines Gesetzes, nicht durch eine Tarif-Verordnung, vorgehen wolle. Diese Erklärung hat er hier im Hause etwas abgeschwächt; es scheint also, daß er mittlerweile sich an den Gedanken einer Verordnung etwas mehr gewöhnt hat. Ich meine aber, eine solche Maßregel trifft so weite Kreise der Bevölkerung, daß es zweifelhaft scheint, ob so etwas ohne Weiteres durch eine Verordnung gemacht werden dürfte. Was die Novelle im Allgemeinen anlangt, so ist es doch sehr sonderbar, daß wir uns gerade jetzt bei der Beratung des Postetats mit all diesen Dingen nicht mehr beschäftigen sollen, weil der Entwurf dem Bundesrath zugegangen ist. Dann hätte man sich eben so beeilen sollen, daß wir zu Beginn der Session die Novelle bereits hier hätten durchsprechen können. In Bezug auf die Personalreform drücke ich den Wunsch aus, daß der Herr Staatssekretär mit aller Energie sie durchzuführen und nicht, selbst nicht anderer Reformen wegen, noch weiter zurückstellen möge. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Poddieleski: Ich habe vom Abgeordneten Singer keine bessere Censur erwartet. Herrn Singer arbeite ich nicht schnell genug. Aber die Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe befindet sich, wie ich bereits mitgetheilt habe, mit in dem Entwurfe, der den Bundesrath beschäftigt. Wenn wir mit den andern Maßnahmen noch nicht so weit sind, so darf Herr Singer nicht vergessen, daß jede einzelne vorbereitet werden muß. Die Uebernahme sämtlicher Privatpostbeamten können wir nicht zulassen; sie sollen aber nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Es handelt sich dabei um 2298 Beamte, die Sache darf also nicht aufgeschoben werden. Rein fiskalisch soll die Post nicht vorgehen, aber sie liefert einen bestimmten Theil der Einnahmen, die sonst vielleicht schwerer aufgebracht werden müssen. Die Ermäßigung der Postanweisungen über Beträge unter fünf Mark habe ich bereits veranlaßt.

Dr. Hammacher (Kd.): Wir erkennen es dankbar an, daß der neue Staatssekretär die vom Reichstage oft geforderten Reformen durchzuführen will. Die Privatposten, die Herr von Stephan unterschätzte, haben sich zu Konkurrenzanstalten der Reichspost entwickelt; sie müssen beseitigt, aber entschädigt werden. Die Ausdehnung des Telephonbetriebes muß ohne Rücksicht auf die Kosten gefördert werden.

Der Titel wird darauf bewilligt; ebenso debattelos die übrigen Einnahmestitel.

Beim Ausgabebetitel „Staatssekretär“ beantragt die Kommission das Gehalt nur in der bisherigen Höhe mit 24 000 statt der geforderten 30 000 Mk. zu bewilligen. Ferner schlägt sie folgende Resolution vor: „Den Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß die Annahme und Befestigung von Paketen an Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme der Zeit vom 18. bis 21. Dezbr. nur in den Vormittagstunden bis 12 stattfinden.“

Werner (Antik.) erklärt, seine Freunde würden für die Kommissionsanträge stimmen. Im übrigen wünscht er, daß der neue Wesen in diesem Falle immer so gut fahren möge wie zu Anfang. (Heiterkeit.)

Die Weiterberatung wird hierauf bis Freitag 2 Uhr vertagt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus Ostdeutschland. Nach einer Meldung des Bureau Dalziel aus Shanghai beschloßen die Deutschen den Bau einer Eisenbahn zwischen Kiaotschau und Chinifu, die deutschen und chinesischen Aktionären gehören soll. Bergwerksrechte an beiden Seiten der Eisenbahn bis auf drei Meilen Entfernung erhalten nur Deutsche. — Rußland wühlt indessen offen und geheim. Wie gemeldet wird, zogen mehrere Tausend russische Truppen, die die Vermessung der transsibirischen Eisenbahn schloßen, mit Zustimmung Chinas in der Mandschurei ein.

Kopf ab! Der chinesische Mörder des deutschen Matrosen Schulze ist gefangen und geköpft worden.

Der Appetit kommt beim Essen. Als Sühne für die Ermordung des Matrosen Schulze verlangte nach einer Meldung des „Bür. Reut.“ aus Peking die deutsche Regierung weitere Konzessionen für Eisenbahnen in der Provinz Schantung.

Die Dresdener Zirkusparade. Die konservative Partei hat nun in Dresden getagt, sie hat von sich viel Schönes erzählt, so z. B. daß sie Thron und Altar stütze, daß sie das einzige Bollwerk gegen die Sozialdemokratie sei. Weiter wurde erklärt, daß die Sozialdemokratie kein Recht an der Gesetzgebung habe. Die Abkehr von der Sozialpolitik wurde der Wahlen wegen ein wenig, wenn auch recht ungeschickt verhüllt. Ganz vorichtig wurde gewarnt vor kleinen Parteibildungen, wobei man wohl an die um Liebermann und Böck denken darf. Aber die Hauptsache war vom ersten Worte der Eröffnungskrede der komischen Figur des Hofraths Mehner bis zur Abstimmung der letzten Resolution: der Kampf gegen die Sozialdemokratie und zwar der Kampf mit allen Mitteln, selbst mit denen der Lüge, Verleumdung und Verdächtigung.

Die Wahlsparole der Konservativen ist nun gegeben: „Der Kampf gegen die Sozialdemokratie.“ In dieser Parole steckt mehr als der Kampf gegen eine tödlich gehakte Partei, in dieser Parole steckt der Kampf gegen die Volksherrschaft gegen die Rechtsgleichheit, gegen die politischen und wirtschaftlichen Interessen der großen Massen, gegen die Städte; diese Parole enthält den Ruf nach Reaktion auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, nach Bereicherung der Großgrundbesitzer zum Schaden der Konsumenten, nach Arbeiterkruz, nach Schutz der Unternehmer gegen Arbeiterschutz und Arbeiterkoalitionen. Auch die Forderung der Verkürzung der Schule, der Umkehr der Wissenschaft ist für die Konservativen in dem Rufe: „Nieder mit den Sozialdemokraten!“ mitenthalten. Und so muß dieser Schlachtruf für die großen Wahlkämpfe dieses Jahres nicht bloß den sozialdemokratischen Arbeiter sondern jeden Proletarier und jeden Gegner der Reaktion auf politischem, wirtschaftlichem und geistlichem Gebiete aufrütteln.

Es gilt mehr als die Abwehr eines Angriffes auf unsere Partei, es gilt den Kampf gegen die egoistischsten und rücksichtslosesten Volksfeinde, gegen die Rodvertheuerer, Funke und Mucker. Wenn das deutsche Volk sich klar wird über die Gefahren, die von dieser gemeingefährlichen Sippe drohen, dann wird der konservativen Partei bei den nächsten Wahlen das Schicksal bereitet, das sie verdient, dann holt sie sich trotz aller halb-, dreiviertel und ganzamtlichen Förderung, trotz der vollen Kassen eine vernichtende Niederlage. — Als charakteristisch verdient hervorgehoben zu werden, daß auch dieser Parteitag sich als eine flagrante Mißachtung des § 8 des preussischen und des § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes darstellte. Der uns vorliegende Bericht sagt darüber:

Die konservativen Provinzial- und Landesvereine von Ost- und Westpreußen, der Provinz Sachsen, der Mark Brandenburg, der Provinz Hannover, Baden, Württemberg Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz sind offiziell vertreten.

Herr von Stumm, so schreibt die „Frlf. Ztg.“ wünscht Prügeln. Natürlich nicht für sich. Wohl aber für Andere, und zwar sind es die Sträflinge, deren er so gedenkt. Er hat gestern im Reichstage, als man über den Strafvollzug debattirte, sich dahin ausgesprochen, daß man die Sträflinge oft viel zu human behandle und er dem Wunsche, die Prügelftrafe wieder einzuführen, nicht feindlich gegenüberstehe. Ja, wir haben es weit gebracht im neuen Reich deutscher Nation, herrlich weit! Seitdem es errichtet wurde, sind wir Schritt für Schritt mit neuen juristischen Fallstricken umstellt worden. Bald wird es leichter sein, zu wissen, was er-

laubt, als das, was verboten ist. Und dabei besteht ein Strafvollzug, der in vielen Fällen jedem vorurtheilslosen Menschen das Roth der Empörung ins Gesicht treiben muß. Man denke nur an die Fesselung eines sächsischen Redakteurs, welches Vorgehen gestern noch zu rechtfertigen gesucht wurde. Herr von Stumm aber ist unerfährlich. Er will auch noch Prügeln.

Den Menschen, die sich bemüht haben, einigen Einblick in das Wesen der Dinge zu gewinnen, kann nicht mehr unbekannt sein, daß es um die Frage der „Schuld“ des Verbrechers eine eigene Sache ist. Große Geister haben darüber nachgedacht und Beobachtungen angestellt, und wenn sie nicht vor logischen Konsequenzen zurückschreckten, kämen Sie alle zu dem Resultat, daß jedes Verbrechen, wie jede Handlung überhaupt, ein Produkt ist aus der natürlichen Anlage des betreffenden Menschen und den ihn umgebenden Verhältnissen. Immer mehr bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß physische Konstitution, Erziehung und sozial-ökonomische Zustände den Menschen zum Verbrechen führen oder ihn davor bewahren, so daß man die Verbrecher als Unglückliche ansehen muß, die man einsperren muß, weil man sie anders nicht unschädlich machen kann. Sie aber quälen, prügeln — dies zu bestrafen, das bringt nur der zu Stande, der von modernen Erkenntnissen ganz unbesiegt ist. Das trifft nun allerdings bei Herrn von Stumm in vollstem Maße zu. Daß aber ein solcher Mann im Volke der Dichter und Denker so großen Einfluß besitzt, wie es der Fall ist, das ist traurig. Ja, wir haben es weit gebracht, herrlich weit!

Bei unsern Schlotjunkttern ist man eine gehörige Portion Rohheit schon gewöhnt.

Zur Friedensfrage sprach in der badischen Kammer von der sozialdemokratischen Fraktion der Genosse Dreesbach-Mannheim, der mit außerordentlicher Präzision die schwächlichen Punkte der Petition von ihrem guten inneren Kern trennte und vor allem den prinzipiellen Standpunkt der Sozialdemokratie zur Friedensfrage klarlegte. Dreesbach führte aus, seine Freunde seien der Ansicht, daß die Kriege theils dynastischen Ursprungs seien, namentlich aber in diesem Jahrhundert auch wirtschaftlichen Interessen entsprängen.

Das werde so lange der Fall sein, als die wirtschaftlichen Gegensätze andauern. Deshalb stünden sie den ihnen sympathischen Bestrebungen der Friedensvereine etwas skeptisch gegenüber. Entgegen der Ansicht Wittum's sei er der Ansicht, daß das fortwährende Rülken schließlich einmal zum Kriege führen müsse. Man müsse abrücken, was schließlich nicht von einem einzelnen Staat, sondern international geschehen müsse.

Zu den ewigen Rüstungen gesellte sich nun das chauvinistische Treiben hüben wie drüben der Vogesen. Selbstverständlich sei der Geschlagene aufgeregter wie der Sieger. In unsern Kriegervereinen und der Presse werde fortgesetzt Chauvinismus getrieben.

Was die einzelnen im Bericht beanstandeten Stellen des Lesebuchs angehe, so könne er dieselben zunächst nicht beanstanden. Warum aber fehle der 66er Krieg im Lesebuch, der den ersten Anlaß zur Einigung Deutschlands gegeben habe? Sei es geschehen, weil man damals keinen „Erbfeind“ hatte? Wer sei denn damals der „Erbfeind“ gewesen? Norddeutschland oder Süddeutschland? Auch fehle zum geschichtlichen Ueberblick das Jahr 1848. In den genannten beiden Jahren seien nicht die Fürsten die Helden, die wie hergelaufene Abenteurer desposidirt worden seien. Man müsse die Ursache der Kriege angeben, ihre Kosten und Gut und Blut, und das Elend, das sie gefordert haben.

Der Abg. Reichardt habe vom Klassenhaß der Sozialdemokratie gesprochen. Die Sozialdemokratie kenne keinen Haß der Personen, sondern nur des Systems. Die Besitzenden dagegen hätten die arbeitenden Klassen, und machten immer wieder die, welche die Werthe schafften, zu ihren Sklaven.

Seine Partei sei eine Partei des Friedens, und wenn das Wort wahr geworden: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ dann würden auch keine Kriege mehr geführt werden.

Wenn Abg. Binz gesagt habe, jedes Volk habe die Regierung, die es verdiene, so sei man gerade jetzt in Paden daran, es zu einer andern Regierung zu bringen. Wenn unsere fehschaften Minister auf den ersten Hieb nicht gehen, so müsse man das eben bestimmter wiederholen. Bis jetzt scheine man dem klaren Wort der Wahlen nicht viel Werth beizumessen und den Wunsch des direkten Wahlrechts nicht gewähren zu wollen. Die dreitägige Debatte habe schon so viel gekostet, daß man ein neues Volks-Lesebuch wohl einführen könnte. (Heiterkeit und Beifall.)

Angelobt wird die freisinnige Volkspartei von dem nationalliberalen „Hannov. Cour.“, weil bei der Debatte über die Gehaltszulage für den Reichskanzler im Betrage von 46 000 Mk. die Sozialdemokratie in dieser Frage „auch von der freisinnigen Volkspartei keinen rednerischen Beistand erhielt.“ — Treffend meint dazu die „Volksztg.“: „Derartige Lobeserhebungen gereichen der freisinnigen Volkspartei nicht gerade zum Vortheil.“

Das Anwachsen des Polenthums ist jetzt ein beliebtes Thema für germanisirungslustige Blätter. Die polnischen Zeitungen machen sich daher von Zeit zu Zeit das Vergnügen, eingehende Betrachtungen darüber anzustellen, wie die Deutschen von den Polen zurückgedrängt werden. Die „Volksztg.“ erklärt, die rasche Zunahme der polnischen Gewerbetreibenden sei die Folge der deutschen Herrschaft. „Im Königreich Polen gab es so gut wie gar keinen Mittelstand, nur Herren und Knechte. Erst als Polen unter deutsche Verwaltung

kam, begann sich ein Mittelstand zu bilden. Nicht nur Söhne polnischer Handwerker und Kaufleute, sondern auch polnische Bauernsöhne ergreifen ein Gewerbe und lassen sich in den Städten der Provinz nieder. Sie haben Alles gelernt, was die deutschen Schulen und Lehrmeister ihnen bieten können, und vereinigen deutschen Fleiß mit jüdischer Sparsamkeit und Mäßigkeit. Zudem besitzen sie an ihren Landsleuten einen Rückhalt, der dem deutschen Gewerbetreibenden fehlt. Gegen diese ganz natürliche Entwicklung wird die preussische Regierung nichts ausrichten. Es wäre auch falsch, sie zu hemmen. Von einer Gefahr, die katartische Wälder darin erblicken wollen, kann keine Rede sein. Der polnische Mittelstand ist zwar verbittert durch Zurücksetzung und Mißtrauen, die er allenthalben findet, sowie durch die Anfeindung seines Nationalitätsbewußtseins, aber die Zustände des polnischen Abnignthums, da seine Vorfahren Leibeigene des großen und kleinen Herrenthums waren, die wünscht er schon lange nicht mehr zurück. Daß der Pole die preussische Bureaukratie nicht liebt, ist gewiß. Aber das geht auch vielen Deutschen so. — Uebrigens sind viele jüdische Polen, die man für waschechte Polen hält, ihrer Gesinnung nach gute Deutsche.“

Schutz dem „nationalen Apfel“! Das ist das neueste auf dem Gebiete der agrarischen Klappen- zu- Politik. Der Hamburger Senat hat die Einführung frischen Obstes aus Amerika verboten mit der Maßgabe, daß die Wiederausfuhr nach England auf dem Seewege gestattet wird. Der Verkauf und die Einführung in Deutschland ist untersagt. Das Verbot soll offenbar bezwecken, eine Einschleppung der Schildlaus nach Deutschland zu verhindern. In der Versammlung des Abgeordnetenhauses am Dienstag machte Abg. Knebel (konf.-agr.) darauf aufmerksam, daß der amerikanische Obstbau durch diesen Schädling vernichtet werde. Man werde Maßregeln ergreifen müssen, um eine Einschleppung desselben in Europa zu verhindern. Darauf theilte Geheimrath Wesener mit, daß Amerika bereits Maßregeln gegen die Schildlaus ergriffen habe und daß auch seitens der deutschen Regierung die nöthigen Schritte sowohl gegen die Einschleppung dieses Schädlings wie gegen den Heu- und Sauerwurm eingeleitet seien. Auch die „Köln. Ztg.“ meldet, es sei beim Grenzollamt Emmerich die Nachricht von einem Einfuhrverbot für amerikanisches Obst (Apfel, Pflaumen u. s. w.) eingegangen. Die Geschäftswelt sei von dem Verbot auf's Höchste überrascht worden.

Also am Dienstag jammerte so ein preussischer Krautjunker, am Donnerstag trifft schon der Hamburger Senat entsprechende Maßnahme. Geschwindigkeit ist keine Hexerei!

Das deutsche Publikum, meint die „Volksztg.“, mag bei diesem neuesten „kleinen Mittel“ wieder einmal sehen, wo es bleibt. Die Einfuhr amerikanischer Äpfel ist in den letzten Jahren gewaltig gestiegen, ein Beweis, daß Deutschland nicht in der Lage ist, seinen Bedarf an frischem Obst selbst zu produzieren. Das Einfuhrverbot raubt der Bevölkerung ein gesundes billiges Nahrungsmittel und zerstört einen blühenden Handel. Auf die Schädigung des Handels und der Niedereien durch das Einfuhrverbot macht mit Recht die „Hamb. Börsehalle“ besonders aufmerksam, denn es wird selbstverständlich nicht ausbleiben, daß Amerika zum Schaden des deutschen Exporthandels und der deutschen Industrie mit Repressivmaßnahmen antwortet.

Aus einem Kleinstaat. Ueber die augenblickliche Lage im Fürstenthum Lippe, wo die schwierige Nachfolgerfrage bekanntlich gelöst ist, schreibt Rechtsanwalt Asenmissen in Detmold in der „Lippeschen Volksztg.“:

„Der neue Hof zieht sich auf die engsten Kreise von Abhigen zurück. Die Furcht, daß Funke und Orthodoxe die Oberhand gewinnen könnten, beherrscht mit Ausnahme weniger Kreise das gesammte Lippesche Volk. Die Blückerburger Freunde suchten dies auszunutzen und schürten die Unzufriedenheit. Dazu kommen die unliebsamen Auseinandersetzungen mit konservativen und liberalen Führern über das Regentenschaftsgesetz. Wer in Lippe im öffentlichen thätig sein will, der muß einen guten Panzer haben und wenig empfindlich sein. Wer aber jetzt als Liberaler Biekerfelders seinem Ideal treu bleiben will, der muß einen sehr reichen Vorrath an Hoffnung und Ausdauer haben. Betreffs des neuen Staatsministers sei vielfach die Ansicht verbreitet, sein Einfluß sei nicht einmal in Staatsangelegenheiten, auch abgesehen von der Rentenkommission, von der ihm gebührende Bedeutung und Leide außer anderen Einflüssen unter gewissen Einwirkungen der holländischen Kamariila. Hoffentlich gelinge es dem Staatsminister, Herr der Situation zu werden und nicht zu verkennen, daß in Lippe eine andere Bevölkerung lebt wie in den ostelbischen Provinzen Preußens.“

Für die Postunterbeamten. Im Reichstage hat Abg. Singer denselben Antrag bezüglich der Unterbeamten der Postverwaltung, welcher in der Budgetkommission des Reichstages gestellt, aber abgelehnt worden war, zur zweiten Beratung des Postetats wieder eingebracht.

Antikliches Wahleresultat. Bei der am 29. Januar in dem 5. Pfälzer Wahlkreise (Somburg-Rusel) stattgehabten Reichstags-Stichwahl wurden nach amtlicher Feststellung insgesamt 16 711 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielten Landwirth Johann Schmidt von Reichenbach (Bauernbund liberal) 8865 Stimmen, Karl Lude, Landwirth in Patershausen (Bauernbund) 7846 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Dänemark.

Im Folkething wurde der sozialdemokratische Antrag auf Umbau ungesunder Stadttheile in Kopenhagen etc. in zweiter Lesung berathen. Der Finanzausschuss hat anerkannt, daß in Kopenhagen wie in einzelnen Provinzstädten sich gesundheitsgefährliche und zu engebaute Stadttheile finden, und daß der Staat die Pflicht habe, hier eingzugreifen. Der Ausschuss hat nichts dagegen, wenn der Staat den Kommunen Geld dafür leihweise zur Verfügung stellt. Auch dem Bau von Erweiterwohnungen mit finanzieller Staatshilfe durch philanthropische Vereine stimmt der Ausschuss zu, ja, er will es noch auf solche Vereine ausdehnen, die Häuschen zum Verkauf an Arbeiter und andere kleine Leute bauen wollen. Dagegen will der Ausschuss die Maximalgrenze der betreffenden Anleihe auf 4 Millionen Kronen festsetzen. Die Minorität des Ausschusses (die Konservativen) will finanziell nicht so weit gehen, stellt jedoch keine Anträge, da dieselben doch keine Aussicht auf Annahme im Folkething haben. Alberti als Wortführer des Ausschusses empfahl die Annahme des Antrages mit den vorgeschlagenen Aenderungen. Hage namens der Konservativen findet all' diese Gesetze mit Staatshilfe für alle möglichen Unternehmungen bedenklich. Er findet, daß man mit vollen Segeln in den sozialistischen Staat hineinfahre. Der Finanzminister ist nicht sehr für die Anträge eingenommen, will sich aber einem Mehrheitsbeschluss nicht widersetzen. Holm, namens der Sozialdemokratie, ist erfreut über den Erfolg des Antrages im Ausschuss und über die Erklärung des Ministers.

Auch das Landarbeiter Ansiedelungsgesetz kam in der verordneten Gestalt, die ihm der Landesthing gegeben hat, wieder vor den Folkething. J. Jensen weist nach, daß der Landesthing die ganze Last und das ganze Risiko auf die Schultern des armen Landarbeiters wälzen wolle. Reventlow hofft auf eine Einigung in einem gemeinsamen Ausschuss. Christensen führt aus, daß dieses Gesetz so wichtig sei, daß es immer wieder kommen müsse, bis der Widerstand des Landesthings gebrochen sei. Der Landwirtschaftsminister meinte, die Aussichten auf Einigung seien sehr gering, da man den Landesthing so heftig angegriffen habe. Er sei bereit, einen vermittelnden Standpunkt zwischen den beiden Thingen einzunehmen. Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber die augenblickliche politische Situation schreibt unser Wiener Bruderblatt, die „Arbeiterzeitung“:

„Das Charakteristische des nun fast ein Jahr in fesselloser Wuth dahintobenden nationalen Kampfes ist die ungeheure Uebertreibung, womit hier alle Vorkälle, die sich national halbwegs ausbreiten lassen, dargestellt werden. Wenn ein paar Studenten am Prager Graben mit ihren Kappen bummeln, ist das eine Katastrophe für das tschechische Volk? Verbitet man ihnen die Kappen, so ist das ein Verweis, wie schmächtig das deutsche Volk bedrückt wird. Ereignet sich irgendwo ein Zank oder kommt es gar zu einer Kauferei, so ist der nationale Streitfall fertig, und in spaltenlangen Telegrammen wird die Öffentlichkeit unterrichtet, was für Entsetzliches sich wieder zgetragen. So sind wir nun glücklich an dem Punkte angelangt, daß die Kinderreiche der Studenten ein politischer Faktor geworden sind. Diese Entartung aller Dinge in Oesterreich zum Kleinen, Nüchternen, ja Abgeschmackten ist der hauptsächlichste Grund, warum wir in nichts vorwärts kommen, sondern in dem Sumpfe der nationalen Verblendung verweilen. Die Politik ist in Oesterreich eine Sammlung von leeren und nichtigen Schlagworten, in denen jeder ein wenig Disziplin erstickt wird, und die Stelle einer sachlichen Prüfung der Dinge, wie sie anderswo gelibt wird, vertritt hier das blinde und bornirte nationale Schlagwort. Kurz, es ist nun Erbarmen, wie dumm und läppisch die Dinge sind, mit denen man sich in Oesterreich seit Jahr und Tag beschäftigt; Dinge, die uns zu dem China Europas machen.“

Thatsächlich sind manche politischen Ereignisse, die in Oesterreich Staats- und Hauptaktionen ersten Ranges darstellen, so kindisch, daß sie nicht werth sind, von einem ernsthaften Blatte registriert zu werden.

Lübeck und Nachbargebiete.

4. Februar.

Achtung, Maurer! Ueber den Arbeitsplatz Torluhl bei Gohmann u. Jürgens ist die Sperre verhängt worden. — Die Lohnkommission.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübecks die Sperre verhängt.

Das Streikomitee.
J. A.:

A. Schenk, Lederstraße.
Der bekannte Prozeß der Möbelfabrikanten Wasserradt und Gen. gegen Rohde und Gen. gelangte am Mittwoch vor dem Oberlandesgericht in Hamburg zur Verhandlung. Die Beklagten waren durch Herrn Dr. Wisch-Lübeck vertreten. Das Urtheil wird in acht Tagen verkündet.

Bürgeranschuß. Sitzung vom 2. Februar. Beschlossen wurde, den Voranschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen sowie den demnachst zu erwerbenden Entwurf des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1898/99 zur Vorprüfung an eine aus sieben Mitgliedern bestehende Kommission zu verweisen. In die Kommission wurden gewählt: Dr. Benda, Dr. Baetcke, Fuß, Franz Sartorius, Scharf, Bud, Dr. Biehl. Ergänzung: Dr. Müller, Alm, Kahns. Der Bürgeranschuß zur Mitgenehmigung empfohlen ward der Antrag, daß die von dem Heiligen Geist-Hospitale in Höhe von 884,37 M. an die Stadtkasse und die von dieser an das Hospital in Höhe von 883,43 M. jährlich zu leistenden Zahlungen zum 1. April d. Js. gegeneinander aufgerechnet und getilgt werden, daß die Vorsteherchaft des Hospitales ermächtigt werde, die bei solcher Aufrechnung zu Gunsten des Staates verbleibende Differenz von jährlich 0,94 M. mit deren 33 1/3 fachen Betrage, also mit 81,33 M. abzudecken, und daß das Finanzdepartement angewiesen werde, den bei der Aufrechnung zum 1. April dem Hospitale nach Abzug dieser Ab-

lösungssumme noch zu vergütenden einmaligen Betrag von 551,14 Mark aus der Schuldenstilgungskasse auszubahlen. Das Stadtparlament hat gegen den Antrag der Verwaltung die gutachtliche Empfehlung zur Billigung des Antrages, daß auf Grund des § 13 des Gesetzes vom 15. Juli 1889, betreffend den Ausbau an Straßen und Plätzen, in den Vorläbern der Stadt Lübeck, für die am Stadtpark nach der Israelshorner Allee zu belagerten Baublöcke die Bauweise mit bestimmten Zwischenräumen vorgeschrieben werde. In der Angelegenheit des Bahnbauers Lübeck-Schlutup wurden folgende Anträge an den Senat gerichtet (Urheber Dr. Gory, Dr. Müller, Dr. Sommer): 1) die Bürgerchaft wolle beschließen, den Senat zu ersuchen, auf den Ausbau einer Bahnverbindung Lübeck-Schlutup Bedacht zu nehmen und demgemäß die bereits eingeleiteten Verhandlungen mit den Beteiligten unverzüglich zum Abschluß zu bringen; 2) die Vertretung einer Anleihe Dänischburg-Schlutup empfehlen.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit haben im Monat Januar 1898 erworben: Johann Joachim Christian Brockmüller aus Talsheubed, Provinz Schleswig-Holstein. Heinrich Ludwig Jochen Burmeister aus Haldorf in Mecklenburg-Schwerin. Gustav Julius Adolf Flemming aus Gut Trislad, Provinz Brandenburg. Johann Jochen Christian Heitmann aus Rogel, Provinz Schleswig-Holstein. Joachim Heinrich Adolph Jähres aus Schlagsdorf im Fürstenthum Magdeburg. Wilhelm Friedrich Carl Franz Kreutzfeldt aus Groß-Molzahn im Fürstenthum Magdeburg. Joachim Johann Friedrich Lund aus Cramoschagen in Mecklenburg-Schwerin. Carl Christian Friedrich Wast aus Nienborn am Schafsee, Provinz Schleswig-Holstein. Friedrich Wilhelm Christian Rodin aus Kalkhorst in Mecklenburg-Schwerin. Johann Fritz Christian Stender aus Lübeck. Wilhelm Friedrich Ludwig Stender aus Gdrenitz, Provinz Schleswig-Holstein. Albert Ferdinand August Stolp aus Neu-Brinken, Provinz Pommern. Joachim Heinrich Suerbier aus Börjow in Mecklenburg-Schwerin. Johann Friedrich Louis Törber aus Klein-Bundorf in Mecklenburg-Schwerin. Johann Heinrich Joachim Wittfoht aus Mechow im Fürstenthum Magdeburg.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landrathe angenommen: Johann Friedrich Christian Ahrens, Zimmermeister; Jacob Friedrich Heinrich Vertling, Kaufmann; Johann Joachim Christian Brockmüller, Arbeiter; August Heinrich Wilhelm Burmeister, Zimmermeister; Heinrich Ludwig Jochen Burmeister, Arbeiter; Johann Heinrich Friedrich Burmeister, Arbeiter; Johannes Heinrich August Corbs, Maurermeister; Ernst Franz Gustav Wilhelm Deede, Kaufmann; Hermann Gladenberg, Kaufmann; Johann Jochen Christian Heitmann, Träger; Heinrich Johann Friedrich Höppner, Arbeiter; Joachim Heinrich Adolph Jähres, Kaufmann; Joachim Heinrich Friedrich Kreutzfeldt, Arbeiter; Joachim Johann Friedrich Lund, Arbeiter; Aris Heinrichs Marks, Zimmermeister; Carl Georg Heinrich Ludwig Wels, Grenzaußseher zu Travemünde; Joachim Heinrich Oldenburg, Zimmermann; August Ernst John Neider, Kaufmann; Friedrich Wilhelm Christian Rodin, Arbeiter; August Hermann Joseph Heinrich Schantz, Kaufmann; Johann Fritz Christian Stender, Arbeiter; Wilhelm Friedrich Ludwig Stender, Maurermeister; Albert Ferdinand August Stolp, Schneidegehilfe; Joachim Heinrich Suerbier, Arbeiter; Christopher Johann Matthias Wegner, Träger; Johann Heinrich Joachim Wittfoht, Hölzer; Franz Heinrich Christian Wittfoht, Hüfner zu Altkerau. Dieselben haben am 26. Januar 1898 vor dem Senate den Bürgerreid geleistet.

Aus dem Lübeckischen Staatsverbande ist entlassen worden: Wilhelm Christian Jacob Vornhöft, wohnhaft in New-York.

Arbeiterisiko. Auf der Blechbofenfabrik von Ewers u. Co. in der Waisenhofstraße quetschte sich der seit 7 Jahren in genanntem Werk thätige Arbeiter Wäntner, in der Karpfenstraße wohnhaft, gestern Vormittag das erste Glied des rechten Zeigefingers an der Stanze ab. Bei Ewers u. Co. herrscht das Recordsystem!

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Biegearbeiter, welcher beschuldigt wird, aus Anlaß eines Streites einen Kollegen mit einem Hammer mißhandelt zu haben. — Gestohlen wurde aus einer Wirtschaft in der gr. Burgstraße ein schwarz und weiß geflecktes Kalbsfell. — In Haft gerietten 12 Bettler.

Festangestellt. Am 29. v. M. hat der Senat die Oberlehrer an der Baugewerkschule August Eckardt, Dr. phil. Fritz Hirsch, Dr. phil. Adolf Schwarz und Theodor Straub nach bestandener Probefristzeit fest angestellt.

Anzeigepflichtige Krankheiten im Monat Januar. Es erkrankten an Diphtherie 25, Granulose 1, Masern 6, Scharlach 45 und Typhus 4, es starben an Diphtherie 3, Typhus 1 und Wochenbettfieber 1 Person. Dem Zwangsarbeitsause wurden im Januar überwiesen wegen Bettelns ein 34-jähriger Arbeiter auf 6, und ein 69-jähriger Steinhauer auf 24 Monate.

Der vierte Theilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1897/98 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis zum 15. Februar d. S. bei der Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Befugnisse der Gewerbegerichtsvorsitzenden. Die Vorsitzenden der Gewerbegerichte sind berechtigt, gegen Parteien, Zeugen u. s. w. Haftstrafen wegen Ungebühr festzusetzen. Zur Befreiung von Zweifeln, die über die Art der Vollstreckung entstanden sind, und zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens hat der Justizminister durch eine allgemeine Verfügung vom 18. Januar im Einverständnis mit den Ministern des Innern und für Handel und Gewerbe angeordnet, daß die Haftstrafen möglichst in den Gefängnissen vollstreckt werden, die zur Aufnahme der Polizeigefangenen aus dem örtlichen Zuständigkeitsbereiche des Gewerbegerichts, das die Strafe festgesetzt hat, dienen. In den Orten mit königlicher Polizeiverwaltung hat der Minister des Innern den Gewerbegerichten die zur Aufnahme der Polizeigefangenen dienenden königlichen Gefängnisse zur Verfügung gestellt. Die Vollstreckung der Strafe soll von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts ohne Vermittelung der Staatsanwaltschaft durch die Polizeibehörde herbeigeführt werden.

Aus dem 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise. Die hiesigen Sozialdemokraten will man auf den Dörfern nicht hören, d. h. die große Masse der Bevölkerung brennt darauf und drängt täglich zur Veranstaltung öffentlicher Versammlungen, aber gewisse einflussreiche Personen wissen feils die Wirthe zu bestimmen, abschlägige Antwort zu ertheilen oder gar gemachte Zusagen zurückzuziehen. So waren uns in zwei Dörfern bei Dübsee bezw. Reinfeld

Lokale versprochen, in denen am 6. bezw. 13. d. Mts. Genosse Rasch-Lübeck referiren sollte. Allein — es hat nicht sollen sein! In dem einen Falle bedauert der Wirthe es unendlich, sein Wort zurückziehen zu müssen, aber Gründe — nämlich die Rücksicht auf den Verpächter — zwingen ihn dazu, im andern Falle schreibt der Inhaber kurz: „Versammlungen in meinem Lokale sind wegen triftiger Gründe nicht angenehm.“ Wir glauben beiden Herren auf das Wort und unterlassen deshalb die Namensnennung selbstverständlich. Die Vorkälle beweisen aber, wie sehr den Ortsgewaltigen vor der offenen Aussprache der hinter dem Rücken in der erbärmlichsten Weise verklärten Sozialdemokratie graut, und wie weit es her ist mit dem Mannesmuthe derer, die angeblich nur Gott und sonst nichts auf der Welt fürchten. Ihre Machinationen verfehlen allerdings ihre Wirkung, denn wir gewinnen gerade auf diesen Dörfern zusehends an Anhang, — vielleicht gerade wegen jener Streiche.

Hamburg. Polizeizensur. Auf Veranlassung des französischen Generalkonsuls ersuchte die Polizeibehörde den Direktor des Centralhallen-Theaters, Drucker, von der Aufführung des bereits angekündigten Sensationsstücks „Kapitan Dreyfus“ Abstand zu nehmen, weil sie sonst gezwungen sei, diese polizeilich zu untersagen. Drucker verzweigte eine Zusage.

Hamburg. Am ersten Ziehungstage der 3. Klasse der 313. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 89105 mit 60 000 M. Nr. 109242 mit 5000 M. Nr. 62535 mit 1000 M. Nr. 55746 56340 107165 116895 mit je 300 M. Nr. 5745 22984 31898 39451 45318 53972 57095 60035 95063 98538 105770 108088 112876 114424 mit je 200 Mark.

Am zweiten Ziehungstage wurden nachstehende Nummern mit nebenstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 117360 mit 10000 M. Nr. 50550 mit 3000 Mark. Nr. 28502 mit 2000 M. Nr. 89395 mit 1000 M. Nr. 12506 27332 49923 mit je 400 M. Nr. 13183 15821 54866 84614 87609 101456 mit je 300 M. Nr. 1930 4514 21183 24654 33520 38121 40808 45774 50504 60468 69577 71001 89070 92480 109998 112041 mit je 200 Mark.

(Ohne Gewähr.)

Wismar. Kandidatur. In der hier abgehaltenen Versammlung des liberalen Wahlvereins wurde die Kandidatur des Finanzrathes Dr. Büsing-Schwerin für die bevorstehende Reichstagswahl proklamiert und einstimmig angenommen.

Sprechsaal.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

(Eingefandt.)

Achtung, Zimmerer!

Kameraden, welche gewillt sind, sich am Sonntag, den 13. d. Mts. an einer Tour nach Schwartau, — Besuch der dortigen Kameraden — zu betheiligen, werden ersucht, sich um 2 1/2 Uhr am Lindenplatz einzufinden. A. S.

Briefkasten.

+++ Montag 8 Uhr präzis.

F. W., Eckhorst. Es giebt einen Reichs-Invalidentonds, aus dem laufende Unterstütionen erhalten können, diejenigen Personen, welche an Krieges- und Feldzügen theilgenommen haben. Wer sich um eine solche Unterstüzung bemühen will, muß diesbezüglichen Antrag unter Einreichung seiner Militärpapiere an die Ortsbehörde, in Stadtkreisen an die Polizeidirektionen, stellen. Ausgeschlossen von Unterstütionen sind Personen, welche aus Reichs- oder mittelstaatlichen Pensionen beziehen, und „Unwürdige“, wobei aber politische Rücksichten nicht in Betracht kommen. Die Unterstütionen betragen 120 M. jährlich.

Stadttheater. Sonnabend findet die letzte Aufführung von „Die versunkene Glocke“ statt. Sonntag Nachmittag 4 Uhr Fremdenvorstellung zu halben Preisen: „Die hässlichen Verwandten“, Abends 7 Uhr: „Der Trompeter von Säckingen“ mit Herrn Saran in der Titelrolle. Montag geht die Schauspiel-Reihe „Eine Mutter“ von E. v. Jagow in Szene.

Concerthaus Finkenhausen. Wegen lebhafter Nachfrage ist baldige Beforgung von Billets zu „Hans Hudelein“ dringend rathsam.

Duittung.

Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen:

Regir. Nacharbeit, d. H. M. 4,75 M.
Vom Hafen 2,40 „

Weitere Gelder nimmt gerne entgegen:
Die Expedition des Volksboten,
Johanniststraße 50.

Sternhang-Viehmarkt.

Hamburg, 3. Februar

Der Schweinehandel verlief besser. Preise: Veränderteschweine schwarz 57-59 M., weiß 56-57 M., Sauer; 48-52 M. und Ferkel 54-56 M.

See-Berichte.

„Bat“, Kapt. Efers, ist am 2. Februar in Neufahrwasser angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Gesucht ein Schlachterlehrling zu sofort oder 30. Ostern. Offerten u. H. H. Can die Exped. d. Bl.

Eine Plüschgarnitur, enthält 1 Sopha, 4 Stühle, 2 Sessel, 150 M. Sandstr. 19, 2. Et.

Zu verkaufen 1 schwarzer Rodanzug sehr gut erhalten, passend für jungen Mann, Nr. 20 Markt. Elbstraße 23 c.

Kappen hat billig abzugeben **H. Hüsmert**, Eifenstr. 12. Gebrannten Kaffee, 80 Pf., 1 M., 1,20, 1,40, 1,50 M., rein schmedend, empfiehlt Lachwehr-Allee 25. **Bernhard Grabe.**

Margarine

welche der feinsten Meierei und Bayern-Butter gleich kommt, ist stets in schöner frischer Qualität zum Preise von 50, 60 u. 65 Pfg. bei mir im separaten Laden, (Eing. Kauf), wo auch der Verkauf von diversen

Fleisch- u. Wurstwaren stattfindet, zu haben.

Ein Probe-Versuch wird Obiges bestätigen.

Ferd. Schreiber

20 Langer Vohberg 20.

Heinr. v. Hartz

Arminstr. 24, Ecke Heinrichstr. empfiehlt sämtliche Colonialwaaren, Kaffee, Pfeffer, Rohlen, Klein gemachtes Holz, Brod von der Stenmühle, sämtliche Futterstoffe für Kühe, Schweine und Fühner, sowie sämtliche Wurstsorten aus der Wurstfabrik von Carl Schröder, Pflanzstr. Auf Wunsch frei ins Haus.

C. Harz

Handstr. 27. Handstr. 27.

Frische Flohmen Pfd. 55 Pfg.

Flohenschmalz Pfd. 60 Pfg.

Margarine Pfd. 50, 55 und 60 Pfg.

Bratenfisch Pfd. 35 und 40 Pfg.

Leberwurst Pfd. 50, 90 Pfg. u. 1 Mt.

Ger. Wetzfleisch Pfd. 80, 90 Pfg. u. 1 Mt.

Eier Stück 6 Pfg., 10 Stück 55 Pfg.

Prima frische Meiereibutter Pfd. 1,05 Mt.

Prima Margarine von Jürgens & Bringen Pfd. 60 Pfg., 2 Pfd. 1,15 Mt.

Prima II. Margarine Pfd. 50 Pfg.

Ger. Speck 80 und 60 Pfg.

empfehlen

Ernst Pagels, Glödenacherstraße 71.

Banonenbutter Pfd. 90 Pfg.

Sosbutter Pfd. 95 Pfg. u. 1 Mt.

empfehlen Frommhagen, Mühlenstraße 81.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Täglich frische Brodwurst

und Kopffleisch

empfehlen

Aug. Scheere,

Holstenstr. 27.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Halbfleisch Pfd. 30 Pfg.

Queenschmalz „ 50 „

Schweinefleisch 60 „

Flohmen Pfd. 60 „

empfehlen

W. Strohfeldt

73 Glockengießerstraße 73

Katekau.

Am Sonntag den 6. Febr.

Nachmittags 3 1/2 Uhr

findet im Lokale des Herrn Burmeister eine

Oeffentliche

Volks-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

Die Sozialdemokratie und die nächsten Reichstagswahlen.

Referent: Genosse Th. Bartels aus Lübeck.

Rensfeld.

Am Sonntag den 13. Februar 1898:

Großer Maskenball

des

Gesang-Vereins „Harmonia“

im Lokale des Herrn G. Sternberg.

Kasseneröffnung 6 Uhr. Maskenzug präcise 7 Uhr.

Karten zum Ball müssen im Voraus gekauft werden von W. Behrens u. G. Sternberg.

Maskengarderoben sind bei H. Meier, Rensfeld, zu haben.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Sarg-Magazin

ob. Mühlenpr. 13. **Gebr. Mütter** Fernspr. 427.

Grösstes Lager am hiesigen Platze.

Billige Preise.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen. Ueberführung von u. nach Auswärts.

Brauerei Paulshöhe

vorm.: **A. Spitta**

Ostorf bei Schwerin i. M.

Der diesjährige Versandt unseres stark eingebrauten und hochfein gerathenen

Bock-Bieres

in Gebinden u. auf Flaschen abgezogen

beginnt

Freitag den 4. Februar er.

Ostorf bei Schwerin i. M., im Februar 1898.

Die Direktion.

Inventur-Ausverkauf

In kurzer Zeit, bis zum 15. Februar, werden unsere enormen Vorräthe in Winter- und Sommer-Herren- und Knaben-Garderoben, um Platz zu schaffen, zu thatsächlichen Schleuderpreisen geräumt.

Es gelangen zum Verkauf große Parthien in: Winter- u. Sommer-Paletots jetzt nur Mt. 6 an. Winter- und Sommer-Anzüge jetzt nur Mt. 6 an. Pelzerinnen- und Hosenanzüge-Mäntel jetzt nur Mt. 9 an. Winter- und Sommer-Hosen nur Mt. 1,30 an. Herren-Jackets, Herren-Regen nur Mt. 1 an. Voden-Joppen mit Futter nur Mt. 4 an. Jünglings-Anzüge nur Mt. 4,50 an. Knaben-Anzüge, Knaben-Hosen nur 60 Pfg. an.

Arbeiter-Garderoben à tout prix!!!

Welthaus „Goldene 33“

Breitestraße 33, eine Treppe, kein Laden.

Aufgang nur vom Flur.

Sozialdemokratischer Verein

Versammlung

am Montag den 7. Febr., Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung.

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1897.
2. Die Lübecker Staats-Lotterie. Referent: Aug. Kasch.
3. Fragekasten. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Central-Hallen.

Sonntag, den 6. Februar:

Grosser öffentlicher

Masken-Ball

verbunden mit Kappenfest für Buschauer.

Maskenzug um 7 Uhr.

Versammlung der Masken im oberen Saal.

Den Buschauern ist die Theilnahme am Tanz gratis, jedoch nur mit einer humoristischen Kappe gestattet. Kappen und Maskengarderoben sind am Ballabend im Lokal zu haben. Demaschierung nach Belieben. Entlassarten im Voraus Herren 70 Pfg., Damen 40 Pfg. sind zu haben bei **Friedr. Nagel am Markt, Carl Schröder, Holstenstraße 28**, sowie in den **Central-Hallen** bis Mittags 1 Uhr. Massenpreis Herren 80 Pfg., Damen 50 Pfg., von 11 Uhr an Herren 50 Pfg., Damen 25 Pfg. Im vollständigen Masken-Kostüm zahlen Herren 25 Pfg., Damen 15 Pfg. Nur anständige Masken haben Zutritt. Refraktion im Nebenzimmer. Lokal-Beimung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

Nr. 25 eine vorzügliche, beliebte **5 Pf. Zigarre** empfiehlt **Ernst Albrecht** Mühlenbrücke 7a.

General-Versammlung

der **Stodelsdorfer Schweinegilde**

am Sonntag den 6. d. M., Nachmittags 3 Uhr, im Gasthause des Hrn. Patau, Fackenburg.

- Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Rechnungsablage.
 2. Entlassung des Vorstandes.
 3. Neuwahl eines Revisors.
 4. Neuwahl für auscheidende Schaumänner.
 5. Antrag des Vorsitzenden auf Erhöhung des Gehalts.
 6. Sonstiges.

Der Vorstand.

Gebraunten Caffee Pfd. 80 Pfg. in verbesserter Qualität **Caffee-Rösterei Holstenstr. 10**

Gesangverein „Eintracht“

Sänger-Commerç am Sonntag den 6. Februar 1898 im Vereinshaus. Die Mitglieder und Genossen sind hierzu freundlich eingeladen. Anfang 6 Uhr. **Das Comitee.**

Hiermit den geehrten Damen von Lübeck und Umgegend zur gefälligen Kenntnissnahme, daß ich mit dem heutigen Tage die Filiale meiner Akademie **Frau A. Lau**, nachdem dieselbe den **Cursus des Universal-Welt-Moden-Schnitt (System Polstufen)** durchgemacht und dieselbe die Prüfung mit dem ersten Charakter bestanden, übertragen habe. Damen, welche daher geneigt sind, sich wirklich fachwissenschaftlich in kürzester Zeit auszubilden, da der Schnitt leicht faßlich und von tadelloser Eleganz ist, ist hiermit Gelegenheit gegeben, dieselbe am Plage zu haben und keine kostspieligen Reisen mehr nöthig sind nach auswärtigen Akademien, da hiermit ein wirklich fachwissenschaftliches Institut entstanden ist und ich für die Leitung meiner Vertreterin, **Frau A. Lau**, sowie für sicheren Erfolg garantire.

Bremen, den 30. Januar 1898.

P. Holtusen, Dir.

Bezugnehmend auf obige Empfehlung, halte ich mich den geehrten Damen Lübecks und Umgegend zu näherer Auskunft gerne bereit. Gleichzeitig empfehle ich mich zur Anfertigung sämtl. Damen-Garderoben unter Garantie. Tadelloser Sitz (auch ohne Anprobe) nach deutschen, Wiener und englischem Schnitt.

Auguste Lau, Arminstraße 8a, 1. Et.

Circus Variété Kommt jetzt und lacht. Der ungelungene **Carnevals-Spielplan.** Sitz mal süß ist auch da! Anfang des Carnevals-Concerts 7 1/2 Uhr. **Sonntag 2 große Carnevals-Alt-Vorstellungen.** Dienstag den 8. Februar: **Erster gr. Narren-Abend im Circus** Carnevalistische Sitzung nach Kölnner Art arrangirt von **Heinr. Mahberg.** Sensationell, noch nie in Lübeck gesehen u. gehört. Auftreten d. gesammten Personals.

Concerthaus Fünfhausen. Sonntag den 6. Februar 1898: **Gastspiel des Stadttheaters.** Einmalige Einführung. **Erfolgreichste Neuheit der Spielzeit.** **Hans Hudebein.** Anfang 7 1/2 Uhr. **Wilhelmtheater-Preise.** Vorverkauf täglich bei Herrn Cigarrenhändler **Borchert, Breitestraße.**

Stadt-Theater.

Sonabend: 88. Abonn.-Vorst. 4. Abth. Roth. Zum letzten Male.

Die versunkene Glode. Sonntag: Nachm. 4 Uhr Fremden-Vorstellung bei halben Preisen **Die zärtlichen Verwandten.** Abends 7 Uhr: 86. Ab.-Vorst. 2. Abth. Blau. **Der Trompeter von Säckingen.** Montag: 87. Abonnem.-Vorst. 3. Abthl. Gelb. **Neuheit.** Zum 1. Male. **Eine Mutter.** Schauspiel in 4 Akten von E. v. Jagow.

Speise-Halle Hansa Mengstraße 24. Heute Sonabend: Pflanzensuppe mit Röhren, Gulasch, Kartoffeln, Birnencompot.

Adelbert von Chamisso.

saz. In einem Briefe an seine Schwester Lise rüth ein Mann, sie solle ihren Kindern „lieber die Hölle umbrechen, wie in Venedig, aber mache keine preussische Soldaten daraus! Wohl ist es eine schöne Sache, Soldat für sein Vaterland zu sein, an der Grenze zu fallen, sein Leben in der Mitte von besiegten Feinden seines Vaterlandes zu verlieren; aber dieses Leben, liebe Lise, zu verkaufen um den Preis von 8 Thalern 25 Groschen monatlich, das ist ein schändliches Metier!“

Wer schrieb das? Ein Schüler Tolstois? Ein Sozialdemokrat oder Anarchist? — Nein! Ein königlich preussischer Lieutenant, früherer Fähndrich beim Regiment von Goethe.

Louis Charles Adelaide de Chamisso — Adelbert von Chamisso nennt er sich selbst später — ist geboren am 30. Janr. 1781 auf Schloß Boncourt in der Champagne. Von der Revolution vertrieben, irrte die Familie Chamisso längere Zeit umher, um sich vorübergehend in Würzburg und Bayreuth aufzuhalten. Unter die Fogen der Königin Luise aufgenommen, von dieser dann auf das französische Gymnasium zu Berlin geschickt, ergreift Adelbert die Offizierslaufbahn, die ihn freilich an sich nicht befriedigte, für die er offenbar auch zu gut war. Dazu kam noch der Zwiespalt in seiner Seele, daß er, der geborene Franzose, die Waffen gegen seine Landsleute tragen, und der Schmerz, den er als preussischer Offizier über die Schwach der Festungsübergaben empfinden mußte, wobei er selbst in der gefallenen Festung Hameln Kriegsgefangener Napoleons wurde. Bald darauf nahm er seinen Abschied und widmete sich neben literarischen Studien vornehmlich den Naturwissenschaften. 1815 bis 1818 betheiligte er sich an der Weltumseglung des Kapitäns Krusenstern auf dem „Murik“ und wird dann Beamter am botanischen Garten zu Berlin. Als solcher starb er am 21. August 1838.

Seine wissenschaftlichen und dichterischen Verdienste sichern ihm für alle Zeiten den Ruhm eines berühmten Gelehrten und klassischen deutschen Dichters.

Vor allen Dingen aber war er ein durchaus edler Mensch und folglich auch durchaus freiheitlich gesinnt.

Obgleich die Revolution von 1789 den Neunjährigen und seine Familie arm und heimatlos gemacht, ihres uralten Erbhauses Schloß Boncourt in der Champagne beraubt hatte, segnete Chamisso statt zu fluchen. Das Gedicht „Schloß Boncourt“ ist ein Denkmal, so herrlich, wie kaum je einem edlen Menschen eines zu theil geworden.

So siehst du, Schloß meiner Väter
Wir treu und fest in dem Sinn —
Und bist von der Erde verschwunden
Der Pflug geht über dich hin.

Sei fruchtbar, o theurer Boden!
Ich segne dich mild und gerührt,
Und segn' ihn zwiefach, wer immer
Den Pflug nur über dich führt.

Das ist groß, edel und erhaben ohne gleichen! Solcher Adel wird Achtung und Ehrerbietung finden, selbst wenn einmal alle Schilde und Privilegien der Junkerklassen in der ganzen Welt zertrümmert sein werden.

Seine Verwandten scheinen sich bis zu dieser Reinheit

und Höhe der Auffassung der großen Volkserhebung nicht emporgeschwungen zu haben. Wenigstens lesen wir in einem Briefe Chamissos Sätze, welche dafür sprechen. „Ihr alle“, heißt es da, „liebe Eltern, Lise, mein Bruder, ihr stüht euch darauf, was ich ohne die Revolution gewesen wäre. Ich erwidere, daß ich ein ganz anderer Mensch geworden wäre, daß ich unter den durchaus anderen Verhältnissen nicht die Ideen, nicht den Charakter entwickelt hätte, der heute eben meine Persönlichkeit ausmacht.“

Mit tiefer Betrübniß nahm Chamisso wahr, wie im weiteren Verlaufe der Dinge in Frankreich Napoleon I., der „Erbe der Revolution“, diese erst verrieth und dann immer mehr zum blauen Tyrannen sich ausbildete. Voll bitterer Entrüstung schreibt Chamisso: „Ihm muß alles dienen, er hat überall seine Fäden gesponnen, und das große, fromm gewordene, abgemarterte Trampenthier, das französische Volk, das nicht mehr weiß, wie es einmal dazu gekommen ist, hat mehr Bügel am Kopf, als Muskeln, sich zu bewegen.“

Daß er dabei Napoleons Bedeutung nicht unterschätzte und in seiner Gegnerschaft zu ihm nie die eigene Würde vergaß, kennzeichnet folgender kleine Zug. Eines Tages kam Chamissos jüngster Sohn nach Hause und trällerte das Lied vom „Cujon Napoleon“, in welchem es ebenso geschmacklos wie deutsch-wordpatriotisch heißt:

Schlag ihn todt, Patriot,
Mit der Krücke ins Genick,
Den Cujon Napoleon.

Darüber geriet Vater Chamisso in große Aufregung und verwies dem Knaben aufs Schärfste und Eindringlichste diese unwürdige, gaffenjungenmäßige Verhöhnung eines Gegners.

Den Kämpfen der Liberalen in Frankreich folgte er mit aufmerksamer Theilnahme. „So lange ich mich fenne“, schreibt er diesbezüglich einmal, „bin ich ein Wigh (Name der englischen Liberalen) gewesen.“ Mit dem Gerüchte vom rothen Umsturz war ihm nicht beizukommen, auch die gränlichsten Schilderungen, welche man ihm von den verhassten Jakobinern machte, versingen bei ihm nicht. „Ich weiß“, antwortete Chamisso auf solche Vorstellungen, „daß es nicht die Jakobiner sind, die mir schwere Träume verursachen, wohl aber zum Desteren eine andere Sorte von ergebenen Personen, die einen absoluten König verlangen, aber unter der Bedingung, daß er ihren Willen thut, welcher Wille weit reichen kann.“

Den Ausbruch der Revolution in Paris 1830 begrüßte er mit Jubel; mit dem Zeitungsblatt in der Hand, ohne Hut auf dem Kopfe und in Hauschuhen eilte er zu einem Freunde, um diesem die frohe Botschaft zu verkündigen. „Er triumphirte“, wie Fulda in seiner Chamisso-Biographie sagt, „denn jetzt erinnerte er sich mit Stolz, daß er geborener Franzose war.“ Als ihm kurze Zeit darauf bei einem Besuche Hamburgs zum erstenmale im Hafen die dreifarbig französische Flagge zu Gesicht kam, stieß er einen gellenden Freudenruf aus, träumte er doch davon, „daß seine beiden Vaterländer Preußen und Frankreich zusammengehen würden infolge des humanen Charakters dieser Revolution.“

Diesem echten Liberalismus, der sich auf Humanität

im edelsten Sinne begründete, huldigte Chamisso auch bezüglich des politischen Lebens in seinem Adoptivvaterlande. Doch lagen dem Weltumsegler die neuen Mitbürger, wenn sie unter Bevormundung und unwürdigem Druck litten, nicht enger am Herzen, wie anderer Völker und Nationen Bedrückte und Bergewaltigte, mochten die sich erhebenden Griechen oder die von den Bleichgesichtern bedrängten Indianer oder die armen Neger sein. Für sie und ihre Leiden stimmte er seine Dichtertele mit eben der edlen Menschenliebe, wie für die arme Berliner Wäscherin, die sein bekanntes Gedicht feiert, durch welches er die arme Proletarierinvalidin der Arbeit aus bitterer Noth befreite.

Dies weltumspannende Menschentliebe, dieser humane Kosmopolitismus ist dem „vaterlandslosen“ oder mit zwei Vaterländern versehenen und darüber gemüthlich bedrängten Dichter Heilmittel und Beruhigung seiner Schmerzen. In dem Märchen von Peter Schlemihl (soviel wie Pechvogel) findet der um seinen Schatten gekommene Held der Fabel Trost durch die Siebenmeilenstiefel!

Als Chamisso von seiner Weltumseglung heimgekehrt und endlich festen Boden unter den Füßen hatte, führte er die Pflegetochter seines Freundes Higin, Antonie Piaste, als Gattin heim. Ihr gelten jene unendlich zarten Liebeslieder, Frauen Lieb und Leben und die Lebenslieder und Bilder.

Um eine gute Ehe und wahrhaft glückliche Menschen zu sehen, so rühmte man, müsse man in Chamissos Haus gehen. Und er selbst führte über diesen wahren Segen gern und oft Goethes Wort an: „Weiter bringt es kein Mensch, stellt er sich auch, wie er will.“

Dieser französische Abelige, der ein deutscher Freiheitsdichter ersten Ranges ward, war zugleich ein durchaus moderner Mensch, der über allen Dünkel und Stolz seiner Klasse hoch hinausgewachsen war.

In seinem Testament findet sich folgende Stelle, welche sich mit der Zukunft seiner Söhne beschäftigt:

„Ich bestimme nichts über die Zukunft meiner Kinder. Die Welt, in der ich gelebt habe, ist eine andere gewesen als die, für die ich erzogen worden, und so wird es auch ihnen gehen. Meine Söhne sollen sich befähigen, auf sich selbst in verschiedenen Lebensbahnen und Ländern vertrauen zu können. Tüchtigkeit ist das zuverlässigste Gut, das sollen sie sich erwerben. Ich wünsche, daß sie studieren, sofern sie die Mittel dazu haben, bin aber ganz damit einverstanden, wenn der eine oder andere zu bürgerlichen Gewerben übergeben will. Die Zeit des Schwertes ist abgelaufen, die Industrie erlangt in der Welt, wie sie wird, Macht und Adel. Auf jeden Fall besser ein tüchtiger Arbeitsmann als ein Scribler oder Beamter aus dem niederen Troffe.“

Wo man Chamisso ansah, als Mensch, als Dichter, Gelehrten, Bürger, Vater, Gatten, — überall ergriff uns das volle Wohlgefühl, welches ein reiner, edler Geist ausstrahlt; Alles an und von ihm steht unter der Devise Herders: Licht, Liebe, Leben! Seine Schriften sind heut auch dem wenig Bemittelten leicht zugänglich in den Nummern 314—317 (Gedichte) und 93 (Peter Schlemihl) der Reclam'schen Universalbibliothek, die wir

Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(30. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

Sie ist wohl bewandert in allen kriminellen Anlegenheiten. Sie kennt die Einzelheiten eines jeden Mordes in New-York. Nicht umsonst liest sie den ganzen Tag die Zeitung.

Sie weiß ganz genau, an welcher Stelle des Körpers der Mensch tödtlich zu verwunden ist, wohin ein Messer zu stechen oder eine Kugel zu treffen hat. Sie weiß auch, daß für einen Cent Gift genügt, um eine ganze Familie zu tödten.

Nicht Unkenntniß hat sie bis jetzt immer noch von dem entscheidenden Schritt abgehalten, sondern die Angst vor den Folgen. Aus den Zeitungen weiß sie, daß der Giftmischer in den meisten Fällen entdeckt wird. Und trotzdem hängt sie mit einer merkwürdigen Beharrlichkeit gerade an dieser Art des Tödtens — wie manch' ehrgeiziger Gelehrter, der ganz absolut das Problem des perpetuum mobile ergründen will . . .

Die wahnsinnigsten Gedanken ziehen durch ihr Hirn. Soll sie Irene im Schlaf erbroffeln und dann eine brennende Lampe über sie werfen? Doch sie fürchtet die Aussage des Arztes, daß das Mädchen nicht erstickt — sondern erwürgt worden sei. . . . Oder soll sie nach französischer Weise Abends ein Becken mit brennenden Kohlen in Irene's Schlafzimmer setzen, um sie durch Kohlendunst ersticken zu lassen? Nein, das würde der Mörderin selbst übel bekommen. . . . Einmal versucht sie gar, den Trick eines Romanschreibers nachzuahmen.

Als Irene eingeschlafen ist, bedeckt sie deren Gesicht mit einem dicken, nassen Tuch, um auf diese Weise Erstickung herbeizuführen. . . . Weit gefehlt! Sobald die kräftigen Lungen Irene's nicht mehr die genügende Quantität Luft zu schöpfen vermochten, warf sie instinktiv im Schlaf das Hinderniß ab. . . .

Es ist, als ob der Teufel selbst sich gegen Frau Forster und ihre schwarzen Pläne verschworen habe.

XX.

Die Probe hat soeben ihren Anfang genommen. Wie gewöhnlich kommt Frau Forster zu spät. Hier zweirädrige, je mit zwei Pferden bespannte Wagen rücken gerade in die äußere Bahn ein. In der inneren hält der Stallmeister zu Pferde mit den Wagen gleichen Schritt.

Auf dem Podium in der Mitte steht Direktor Fulton. Neben dem Podium in der inneren Bahn warten zehn Reiterinnen, darunter Irene.

Sobald die Wagen vorbeigefahren sind, durchkreuzt Frau Forster die äußere Bahn und gesellt sich zu den Reiterinnen.

Die Wagen werden von Damen gelenkt — eine Neuerung, die Fulton einführen will.

„Wird sich's machen, Hennings?“ fragt er soeben den Stallmeister.

„Ich hoffe, Herr Direktor!“
„Ich kann nicht, Herr Direktor!“ ruft eine helle Stimme aus einem der Wagen. „Ich fürchte die Kandelaber.“

„Recht, daß Sie es sagen, Fräulein Tennis! Ich weiß, es ist schwierig! Und noch schwieriger, wenn die Kandelaber brennen. Ist irgend eine der Damen gewillt —“ er wendet sich zu den Reiterinnen — „Fräulein Tennis' Platz einzunehmen? Natürlich ausgenommen

Fräulein Douglas, die wir beim Reiten nicht entbehren können!“

Keine Antwort.

„Irgend eine von Ihnen wird doch einen Wagen lenken können“, fährt er ungeduldig fort, den Blick auf Frau Forster gerichtet, die er als geschickte Wagenlenkerin kennt.

„Die Idee ist folgende: Sobald die Rennen vorbei sind, werden die Wagen hereingebracht und die Herolde rufen die Damen zum Wettfahren auf. Sie kommen aus der Menge, besteigen die Wagen und fahren in der äußeren Bahn. Die Siegerin fährt dann ihren Wagen nach der inneren Bahn, während die Siegerin im Wettrennen die äußere nimmt. Pferd gegen Wagen! . . . Jede hat die ganze Bahn für sich.“

Wiederum blickt er Frau Forster an und als diese noch schweigt, fährt er fort:

„Natürlich ist Vorsicht wegen der Kandelaber geboten, das Mittelpodium steht fest. Wenn der Wagen gewinnt, erhält er den Preis. Also nochmals, wer stellt sich mir freiwillig?“

Frau Forster guckt vor sich hin, als ob sie gar nichts gehört hätte.

„Ungefällige Kreatur!“ murmelt Fulton zwischen den Zähnen.

Er wartet noch ein paar Augenblicke, dann sagt er sehr ernst:

„Da sich Niemand meldet, muß ich Sie schon bitten, Ihren Platz für heute wenigstens zu behalten. Sie können ja zurückbleiben. Niemand wird es merken und ich werde Ihnen Ihr Entgegenkommen nicht vergessen. Wollen Sie es wagen, Fräulein Tennis?“

„Ja, Herr Direktor.“

„Recht so. Also Hennings, noch einmal die Wagen-

auch in den Händen aller Freiheits- und Schönheitsliebenden Arbeiter sehen möchten, damit sie sich daran erfreuen und stärken!

Engländer und Partei-Gebier.

Zum Achtstundentag. Zu den lebhaften Debatten über Verlauf und Folgen des englischen Maschinenbauersstreiks kommt rechtzeitig eine interessante und eingehende Arbeit des Herrn John Mac e über die neuen Fortschritte der Achtstundebewegung in England. Die Maschinenbauer hatten die Forderung der Achtstundearbeit als ersten und wichtigsten Punkt aufgestellt, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die hohen Beträge gerade der deutschen Arbeiterschaft zum Streikfonds der englischen Arbeitsbrüder in erster Linie zur Durchführung dieser populären Forderung aufgewendet worden sind.

Daß die Maschinenbauer trotz ihrer mächtigen Organisation, ihrer anscheinend so günstigen Situation und trotz starker Hilfe von außerhalb nicht im Stande waren, den Achtstundentag durchzusetzen, hat vielfach enttäuscht. Aber die Darstellung Mac e's, die im Jahrbuch des Dr. Heinrich Braun in Berlin trefflich geleiteten Archivs für soziale Gesetzgebung und Statistik (Carl Heymanns Verlag, Berlin) erscheinen wird, lehrt, daß kein Grund zur Mutlosigkeit vorhanden ist. Das Ganze übersehend sagt der Verfasser am Schlusse seiner lehrreichen Abhandlung:

„Es hat der Achtstundentag seit 20 Jahren in England gedämmert. Wenn wir ihn in seiner ganzen Mannigfaltigkeit erfassen — die Achtstunden-Arbeit unter Tag, die 48 Stundenwoche, die Achtstunden-Schicht an 7 Tagen in der Woche —, so haben ihn jetzt wahrscheinlich eine halbe Million englischer Arbeiter erhalten, von denen mehr als 100 000 ihn während der diesjährigen Agitation erobert haben. Er dehnt sich langsam von Gewerbe zu Gewerbe aus; hier erscheint er auf Anregung eines Gewerkevereins, dort durch die Initiative eines Unternehmers oder einer staatlichen Behörde. Er geht von Werkstätte zu Werkstätte mit einem sicheren wenn auch zögernden Schritt. Es läßt sich daher ohne Uebertreibung voraussagen, daß der Achtstundentag in den Fabriken und Werkstätten des vereinigten Königreichs wann nicht als die allgemeine so doch als die überwiegend vorherrschende Regel noch vor den Augen der jetzt lebenden Generation zur Geltung gelangen wird.“

Aus Nah und Fern.

Eine kleine Erinnerung frisch die „Leipz. Volksztg.“ auf: Es war im Dezember 1848, das Ministerium Brandenburg hatte die Berliner Nationalversammlung gesprengt, nur der Klub Brünnel „tagte“ in Brandenburg, um dann doch blühschnell zum Teufel gejagt zu werden, in Berlin und Düsseldorf war der Belagerungszustand proklamiert, die Reaktion war oben auf. War doch damals sogar die faule lebende Berliner „Nationalzeitung“, das matte, schwankende Organ der Großbourgeoisie, auf 14 Tage, bis zum 1. Dezember, unterdrückt!

Auch in der Hauptstadt Westfalens, in Münster, ging es stürmisch zu, die Demokratie hatte das Volk Westfalens zu bewaffnetem Widerstande gegen das hochverrätherische Ministerium aufgefordert, das Militär sprengte die Versammlungen der Bürger. Unter dem Datum des 30. November liest man nun folgende Korrespondenz in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 3. Dezember 1848:

Münster, 30. November. Oberlandesgerichts-Referendar Hammacher ist verhaftet, desgleichen ein Instrumentenschleifer, der die Plakate der Volksversammlungen anheftete; die Referendare Borst und Jakob, welche letzterer dem neulichen Demokratentag in Köln beigewohnt, haben sich der Haft durch die Flucht entzogen.

probe! Und ein bißchen schneller, meine Damen! Bügel loser, Fräulein Tennis!“

Die Wagen jagen davon.

„Mehr nach außen halten! Nach außen!“ ruft der Stallmeister.

Etwas erregt beobachtet der Direktor das waghalsige Schauspiel.

Plötzlich lenkt Frau Forster ihr Pferd ein paar Schritte vorwärts. Lebhaft interessiert folgen ihre Augen den wie der Wind dahinsausenden Wagen.

Mit knapper Noth ist jenen einer derselben einer Kollision mit einem Kandelaber entgangen.

Bei der zweiten Rundfahrt stößt ein Wagen trotz wiederholter Warnungen des Stallmeisters an den Kandelaber. Der Wagen schwenkt nach der Seite, wodurch sämtliche übrigen Wagen in die größte Verwirrung gerathen.

Fulton nimmt den Hut ab und wischt sich den Schweiß von der Stirn, während der Stallmeister die Wagen wieder in Ordnung bringt.

„Sie müssen von den verzeuften Kandelabern fern bleiben!“ ruft Fulton, den Hut heftig hin und her schwenkend.

„Warum treiben Sie alle nach der innern Seite zu? 's ist doch Platz genug da!“ ruft der Stallmeister. Noch einmal, meine Damen! 's hilft Alles nichts!“

Jetzt reitet Frau Forster ein paar Schritte vor.

„Ihre Hand, Direktor! Ich will einen der Karren nehmen!“

Fulton reicht ihr die Hand zum Absteigen und schon nach wenigen Augenblicken sitzt sie im Reitkleid in einem der Wagen.

Und in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 15. Dezember 1848 heißt es:

Kaum hatte im Jahre 1815 die Restauration, das Königthum von Gottesgnaden, unter dem Schutze der Kosaten u. s. w. triumvirat von Frankreich und Paris Besitz ergriffen, so begannen auch die Verfolgungen gegen die eifrigsten Anhänger des gestürzten Kaisers, wie gegen alle entschiedenen Republikaner. Mit ähnlichen Verfolgungen selet die preussische Restauration dieses Jahres ihren Sieg. Unser Korrespondent in Münster berichtete schon unterm 30. November über ein Reskript des hochverrätherischen Ministeriums an die Regierung in Münster, dahin lautend: „sämmliche Leiter der Volks-Versammlungen und die Führer der demokratischen Klubs zu verhaften.“

Das diese Mitteilung aus guter Quelle geflossen, davon liefert jeder Tag neue Beweise. Nach den Verhaftungen in Münster (Justizkommissar Meise, Stricker, Lieut. a. D., Stadtverordneter Hartmann, Referendar Hammacher u. s. m.) erfolgen sie allgemein auch in den übrigen Orten: in Detmold, Hamm, Soest u. s. w. Das Ministerium des Hocherraths will sich bis nach den Wahlen aller Männer entledigen, welche seinen konterrevolutionären Wahlmanövern entgegenwirken könnten. Wie einst königliche Prinzen ihre Prätigungen hatten, damit diese für alle Nichtwürdigkeiten der ersten geächtet wurden, so hat die Bourgeoisie die übrigen einseitigen in den Demokraten gefunden. Warst indeß nur kurze Zeit! Der jetzige Prätigunge der Bourgeoisie wird bald stark genug sein, um Euch und die Konterrevolution mit blutigen Köpfen heimzuzahlen. Die Abrechnung wird klar sein und keine Riste lassen. Geduld!

Der damals verhaftete Referendar Hammacher ist kein anderer, als der Führer des großkapitalistischen Flügels der Nationalliberalen, Herr Hammacher, der gleich Benignen mit dem Schlusse dieser Gesetzgebungsperiode aus dem politischen Leben scheiden wird. Er hat es vorgezogen, sich zur Bourgeoisie zu schlagen, die Sozialdemokratie seinerseits durch Sozialistengesetze und Hochzölle zum „Prätigungen“ zu machen und hat erst dieser Tage im Reichstage die deutschen Unternehmer für „die humansten der Welt“ erklärt. Mit welchem Erfolge, lehrt der Niedergang des Nationalliberalismus und der Aufschwung der Arbeiterbewegung.

Es war zu derselben Zeit, daß in Paderborn der Redakteur der demokratischen Westfälischen Zeitung, Referendar Franz Vöher, verhaftet und ins Gefängniß nach Münster überführt wurde, derselbe, der als Herr von Vöher und Direktor des bayerischen Reichsarchivs gestorben ist, nachdem er sich noch für den geisteskranken König Ludwig II. von Bayern hatte auszeichnen lassen, ein exotisches Königreich zu kaufen! Vöhers Festnahme verursachte damals Volksdemonstrationen und Barrikadenbau. Auf Ersuchen des Instruktionsrichters erschien Vöher, beruhigte das Volk und erklärte, daß er sich freiwillig stelle.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Gute Wengorzewo bei Gnesen. Dort waren Arbeiter mit dem Umhauen einer mächtigen Bappel beschäftigt. Schon hatten sie ein gut Stück an dem Baume geschafft, als sie sich zum Mittagessen begaben. Währenddessen kamen zwei Kinder der Wittve Cierznjak, ein Knabe von 13 Jahren und ein Mädchen von 11 Jahren, an dem Baume, um Holzspäne zu sammeln. Das Unglück folgte es, daß plötzlich der Baum umstürzte und das Mädchen auf der Stelle todschlug und den Knaben so zürichtete, daß er nach wenigen Stunden den Geist unter der größten Qual aufgeben mußte. Der Schädel des Mädchens war zerquetscht und der Oberkörper gänzlich zermalmt. Die Knochen stachen förmlich aus der Haut heraus. Der Unglücksfall ist bereits der Staatsanwaltschaft mitgetheilt worden; die Sache wird noch ein böses Nachspiel haben.

Meisterhaft bernhigt sie die erschreckten, am ganzen Leibe zitternden Thiere.

Beim Fahren hält sie sich ziemlich nach innen. Die übrigen Wagen bleiben ihr so fern wie möglich. Sie ist zu sehr gefürchtet, als daß eines der Mädchen versuchen sollte, ihren Weg zu kreuzen.

Alles geht glatt von Statten.

Natürlich kommt Frau Forster um mehrere Pferde-längen früher an's Ziel.

„Alles in Ordnung, Herr Direktor!“ bemerkt der Stallmeister leise, sein Pferd demjenigen Fulton's nähernd. „Ein Wort aus dem Munde dieses Weibes hilft mehr als ein wöchentliches Exerciren von mir. Hat eine kühne, starke Hand, die Frau, und weiß mit Pferden umzugehen.“

Troßdem läßt der Direktor die Nummer noch dreimal wiederholen.

Hierauf kommen Irene und Frau Forster an die Reihe — Letztere mit ihrem Wagen in der inneren Bahn, das Mädchen mit „Esperance“ in der äußeren. Diese Nummer wird nur des Princip's halber durchgenommen; sie bietet nicht die geringste Gefahr, da es in Frau Forster's Interesse liegt, den Kreis möglichst zu verengen.

Frau Forster macht von diesem Vortheile den größten Gebrauch. Sie hält sich so dicht am Mittelpodium, daß Irene nur um eine halbe Pferde-länge früher an's Ziel kommt.

Als Fulton Irene aus dem Sattel hilft, flüstert er ganz leise:

„Thun Sie heute Abend Ihr Bestes, mein Kind! Das Weib nimmt es ernst. Sie verengt den Kreis auf's

Der tapfere Lieutenant. Ueber ein skandalöses Verkommen in Straßburg berichtet die dortige „Bürger-Zeitung“: „Die Töchter des Steuereintnehmers Max, junge Mädchen von sehr guter Erziehung und tadellostem Mafe, kamen am 11. d. s. g. e. b. u. r. s. t. e. g. gegen 10 Uhr Abends aus dem Theater. Auf dem Plage zwischen der Steinstraße und der Niederbronnerstraße wurden sie von einem — wir später bemerkten — jungen Lieutenant auffällig verfolgt. Als sie sich beseiten, ihre Wohnung zu erreichen, und eben in das Dunkel der Niederbronnerstraße einbog, die um diese Stunde völlig menschenleer war, griff der Lieutenant sie plötzlich hinterläcks an, packte sie bei den Armen, umarmte sie, wollte sie küffen, zerrte ihnen an den Kleidern, so daß sie genöthigt waren, sich zur Wehr zu setzen. Letztere war schon aus dem Grunde erschrocken, weil der Lieutenant vor sie getreten war und ihnen den Weg zur Hausthüre versperrte. Sie trafen ihn mit Stößen vor die Brust einen Schritt zurück. Aber er hängte sich von Neuem auf sie und zerrte sie auf der Straße nach. Das jüngere der beiden Mädchen auf dem Lieutenant zu; „Schämten Sie sich. Sie frechen Bastard, daß Sie in dem Noche, welchen Sie tragen, anständiger wehrlose Töchter eines alten Beamten anfallen.“ — Darauf wollte der Lieutenant dem Mädchen einen Faustschlag ins Gesicht versehen. Sie wich diesem Schläge aber aus, und nun zog der Lieutenant seinen Degen, worauf das älteste Mädchen schrie: „Ach Gott, jetzt zieht der Mensch gar den Degen!“ Die Mädchen bestürzten, von dem angetrunkenen Lieutenant niedergestochen zu werden. Inzwischen gelang es ihnen, von dem Lieutenant verfolgt, die Hausthüre zu erreichen. Um diese entspann sich nun ein Kampf, indem die Mädchen die Hausthüre von innen zudrücken wollten, während der Lieutenant die Thüre von außen zurückdrängte und in das Haus einbringen wollte. Dabei hatte der Lieutenant die Hand des ältesten Mädchens gepackt, welche er auf diese Weise wieder aus dem Hause herauszerren wollte. Die Mädchen schrien von unten aus Leibesträßen: „Vater, Vater, hilf uns doch!“ Darauf lief der Lieutenant die Niederbronnerstraße hinab, dem Walle zu, so daß der Vater des Mädchens, als er mit seinem grade amurfenden Sohne nach unten kam, von dem Lieutenant nichts mehr entdecken konnte. Die Mädchen kamen leichenblass, an allen Gliedern zitternd, halbtodt nach oben, und das älteste Mädchen ist in Folge der Szene so erkrankt, daß sie sich kaum noch bewegen kann.“

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist jeben das 19. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Zur lex Arons. — Ueber griechische Philosophie vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung von Dr. phil. Stillsch — Vellams „Gleichheit“. Von Julie Romm. — Der politische Zionismus. Von Johann Pollak. — Die wohlverordneten Rechte in der württembergischen Kammer. Von Wilhelm Keil. — Notizen: Die Prüfung der Butter auf Margarine. — Feuilleton: Mein erster Erfolg. Aus dem Kleinrussischen von Ojona Bicholka. Uebersetzt von Wladimir Gnamitow.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag) ist aus jeben die Nr. 3 des 3. Jahrgangs zugegangen.

Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Arbeiterschup. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Was die Revolution für die Frauen that. Von E. Vellamy. (Fortsetzung) — Nothgeheil von Lily Baum und Clara Jettin: Soziale Gesetzgebung. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung. — Statistisches zur Frauenfrage. — Sittlichkeitsfrage.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 2970) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf.

Möglichste, um zu gewinnen. Gatten Sie sich etwas mehr nach der inneren Bahn zu! Sie können's ruhig wagen, 's ist keine Gefahr dabei.“

Irene bedankt sich für den Wink und geht nach Hause. Der Gedanke beschäftigt sie, wie es wohl wäre, wenn sie seit Monaten zum ersten Mal besiegt, wenn nicht sie, sondern eine Andere unter donnerndem Applaus zu dem vergoldeten Ehrensessel zu Häupten der weisbärtigen Richter geleitet würde und sie anstatt dessen inmitten der Schaar der übrigen Reiterinnen hinauströten müßte. . . .

Ein eigenes Gefühl beschleicht sie. Ihr ist, als könne sie eine solche Niederlage nicht überleben.

Direktor Fulton selbst fühlt einiges Bangen wegen heute Abend. Vom geschäftlichen Standpunkt aus würde es nicht schaden, wenn Irene Douglas hier und da einmal im Reuen verlore; es gäbe erhöhte Spannung und Erregung.

Aber diese Erwägung wird durch seine Sympathie für das lebenswürdige Mädchen zurückgedrängt.

Kurz vor Beginn der Vorstellung steigt er zu Irene's Garderobe empor. Auf sein Klopfen öffnet sie sofort. Sie ist schon vollständig in Toilette.

„Woll' 'mal sehen, was Sie machen,“ sagt er anscheinend leichtsin, aber mit einem forschenden Blick auf ihre hübschen Züge. „Wie? Sie haben Noth aufgelegt? Wozu?“

„Damit man meine Blässe nicht bemerkt, wenn ich geschlagen bin“, entgegnete sie leise.

Der Ton ihrer Stimme klingt so resignirt, so ganz ungleich ihrer selbst, daß Fulton für ein paar Augenblicke rathlos ist.

(Fortsetzung folgt.)